

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltbl.) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

39. Jahrgang.

№ 15.

Donnerstag, den 4. Februar

1892.

Auf Folium 135 des Handelsregisters für den Landbezirk ist heute Herr Kaufmann Paul Hugo Lenk in Schönheide als Procurist der Firma F. L. Lenk daselbst eingetragen worden.

Eibenstock, am 30. Januar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Rauhsch.

Lgr.

Bekanntmachung.

Die Rathsexpeditions-, Stadt- und Sparkassen-Localitäten bleiben wegen vorzunehmender Reinigung derselben nächsten

Sonnabend, den 6. Februar 1892

geschlossen, und es können an diesem Tage nur die dringlichsten Sachen Erledigung finden.

Das Standesamt ist an diesem Tage nur von Vormittags 9 bis 10 Uhr geöffnet.

Eibenstock, am 2. Februar 1892.

Der Stadtrath.

Dr. Körner.

Hans.

Submiffion.

Der Um- bez. An- und Reparaturbau am Schulgebäude in Unter-
stützengrün soll auf dem Wege der Submiffion im Schmid'schen Gasthof daselbst
Donnerstag, den 18. Februar, Vorm. 10 Uhr
vergeben werden. Hierauf Reflektirende können bis dahin Riß und Baubeding-
ungen bei dem Hrn. Gemeindevorstand Böttcher einsehen.
Unterstützengrün, den 29. Januar 1892.

Der Schulvorstand.

Pastor Bretschneider, Vorst.

Die Krisis.

Wir leben in einer Zeit der Krisis. Die letztere beschränkt sich nicht nur auf das preussische Ministerium allein, sondern sie betrifft auch die bisherigen Parteigruppierungen; sie beschränkt sich nicht auf Preußen, sondern sie zieht ganz Deutschland in ihren Strudel und hat wenigstens den einen Vortheil, völlige Klarheit in bezug auf den neuen Kurs zu schaffen.

Als Graf Caprivi an Stelle des Fürsten Bismarck zum Steuermann des Reiches ernannt worden war und sich als solcher dem Reichstage vorstellte, da sagte er u. a., daß der Kurs der alte bleiben würde. Das war aber in Wirklichkeit nicht viel mehr als ein Compliment gegen seinen Vorgänger, denn die Anzeichen eines „neuen Kurses“ traten bald genug zu Tage. Das Socialistengesetz war zu Ende gegangen und es wurde seitens der Regierung auch nicht der leiseste Versuch gemacht, es wieder zu beleben; auch die unter der Bismarck'schen Aera für den Fall der Aufhebung des Gesetzes in Aussicht genommene Verschärfung des Pres- und Vereinsgesetzes wurde nicht einmal in Anregung gebracht. Es zeigte sich bald, daß es „auch so“ ging.

Der neue Reichskanzler hatte ferner gesagt, daß er sich auf keine bestimmte Partei stützen, sondern das Gute nehmen wolle, wo er es finde. Durch diese Taktik war die Annahme der Handelsverträge im Reichstage erleichtert worden. Die Aufnahme des Herrn Miquel ins preussische Ministerium („Sie sind mein Mann!“ soll der Kaiser zu Herrn Miquel gesagt haben), die Befegung des Oberpräsidentenpostens von Hannover durch den anderen nationalliberalen Führer Herrn v. Bennigsen waren gleichfalls Anzeichen eines neuen Kurses, der indessen durch den schon früher verliehenen Schwarzen Adlerorden an Herrn v. Putzamer und die Ernennung dieses Herrn zum Oberpräsidenten von Pommern, ferner durch die Entlassung des Kultusministers Göpfer und seine Ersetzung durch den Grafen Jeditz wieder in Frage gestellt schien.

Indessen war Graf Jeditz, der bis dahin nur als tüchtiger Verwaltungsbeamter (er war zuletzt Oberpräsident von Posen) galt, politisch ein unbeschriebenes Blatt. Die Parteien mußten erst abwarten, was von ihm zu erhoffen oder zu fürchten war. Der Volksschulgesetzentwurf löste diesen Zweifel bis zur Klarheit. Der preussische Landtag zeigt gegenwärtig zwei genau abgegrenzte Lager. Auf der einen Seite stehen die Deutschkonservativen und die Centrumpartei, welche gemeinsam etwa 20 Stimmen über die einfache Mehrheit haben — auf der andern Seite stehen die Freikonservativen, Nationalliberalen und Deutschfreisinnigen, welche in der Verwerfung des Schulgesetzes einig sind. Entscheidend für diese Parteinahme ist der Einfluß auf die Volksschule, die der Geistlichkeit durch das neue Gesetz eingeräumt werden soll, und die Gegensätze sind so scharf und schneidend, daß an eine Ueberbrückung gar nicht zu denken ist. „Christenthum oder Atheismus“, so bezeichnete der Reichskanzler diese Gegensätze, während es sich nach Auffassung der oppositionellen Parteien um „Fortbestand der Volksschule oder Reaktion“ handelt.

Eigentlich sind die Würfel schon gefallen; in bezug auf die grundlegenden Bestimmungen des neuen Gesetzes ist die Regierung fest; es ergibt sich das aus einer Rede, die Graf v. Caprivi am Freitag im Abgeordnetenhaus gehalten hat; auch Graf Jeditz hat die Brücken zwischen sich und der Opposition durch einige stark ironische Wendungen gegen von Bennigsen abgebrochen und so können die kommenden Debatten, die ja in erster Lesung sowieso keine Entscheidung bringen, das Gesamtbild der Lage kaum noch verändern.

Es erscheint somit auch vollkommen glaublich, daß Herr Miquel sein Entlassungsgesuch erneuert und Herr v. Bennigsen sein Abschiedsgesuch eingereicht hat. Es ist nur natürlich, daß die Nationalliberalen, im Centrum der Opposition, zwischen Freisinn und Freikonservativen stehend, auch am Kampfe die zumeist Beteiligten sind. Ihr officielles Partei-Organ, die „Nationalliberale Korrespondenz“, schreibt:

„Nach dem überaus herausfordernden Auftreten des Kultusministers Grafen Jeditz im Abgeordnetenhaus ist die Situation auf die denkbar schärfste Spitze getrieben und es herrscht eine begreifliche Aufregung in den politischen Kreisen. Graf Jeditz glaubte den Augenblick gekommen, die Gegner seines Gesetzentwurfs, vor allen die Nationalliberalen und ihre Redner im Abgeordnetenhaus, aufs schärfste angreifen zu können, ja sogar ihren anerkannten Führer, Herrn v. Bennigsen, wegen seiner neulichen Rede mit Hohn anfallen zu dürfen. Der Kampf wird uns ausgezwungen. Wir nehmen ihn, wenn auch mit schweren Besorgnissen für das Wohl des Vaterlandes, auf. Niemand anders trägt die Schuld, wenn die Erbitterung unheilvoll wächst, als der gegenwärtige Kultusminister, der dem preussischen Staate aufdrängen will, was selbst ein Wähler nicht gewagt hätte, und jeden Widerspruch mit Verunglimpfung patriotischer Männer zurückweist.“

Eine solche Sprache der Nationalliberalen gegen die Regierung ist bisher noch nicht dagewesen und zeigt deutlich die sich vollziehende Trennung an.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Im „Reichs- und Staats-Anz.“ wird folgender Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler veröffentlicht: „Die Feier Meines Geburtstages, auf welche leider die jüngsten tiefschmerzlichen Ereignisse in Mir nahe verwandten und eng befreundeten Fürstenhäusern ihre Schatten warfen, hat wiederum in den weitesten Kreisen Anlaß gegeben, Mir mannigfache Beweise liebevoller Theilnahme darzubringen. Groß ist die Zahl schriftlicher und telegraphischer Glückwünsche, welche Mir aus allen Gauen des engeren und weiteren Vaterlandes sowie von außerhalb lebenden Deutschen zugegangen sind. Ich bin durch diese Aufmerksamkeiten zu Meinem Geburtstage aufs freudigste bewegt, kann Ich doch in ihnen den erneuten Ausdruck treuer Gesinnung und zuversichtlichen Vertrauens seitens Meines Volkes erblicken, auf dessen Wohlergehen unausgesetzt bedacht zu sein die vornehmste Pflicht Meines kaiserlichen Berufes ist. Es drängt Mich daher, Allen, welche Meiner — sei

es einzeln, sei es als Mitglieder von Behörden, Corporationen und Vereinen oder als Theilnehmer an festlichen Veranstaltungen — in sinniger Weise gedacht haben, hierdurch Meinen wärmsten Dank zu erkennen zu geben, und beauftrage Ich Sie, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Berlin, den 1. Februar 1892.
Wilhelm I. R.

— Der Kaiser wird, wie in den letzten Tagen endgültig verfügt ist, in diesem Jahre den großen Korpsmanövern des 13. (k. württembergisches) gegen das 14. (großherzoglich badische) und des 8. (rheinisches) gegen das 16. (lotringische) Armeekorps beiwohnen und über jedes derselben große Parade abhalten. An dem letztgenannten Manöver theilhaftig sich auch die k. bayrische 5. Division, deren eine Brigade bekanntlich zu der Besatzung von Metz gehört. Endlich werden an den an der Westgrenze abzuhaltenden Manövern wiederum kombinierte Kavalleriedivisionen, sowie Reserveformationen in größerem Umfange theilnehmen. Bei den letzteren werden aus Anlaß der im vorigen Herbst in Thüringen gemachten Erfahrungen wesentliche Neuerungen in Bezug auf Zusammensetzung und Verwendung zur Ausführung gelangen.

— Eine Besprechung der inneren Lage, die die „Hamb. Nachr.“ zweifellos mit bekannter Inspiration bringen, resumirt die Situation dahin: „Vor 1890 kannte man den Beunruhigungs-Bajillus überhaupt nicht. Er ist, wenn nicht ein Produkt, doch eine Erfindung der neuen Aera. Das Bestreben, die Gesamtheit der staatlichen Interessenten durch Entgegenkommen zufrieden zu stellen, führt sehr schnell zu der Erfahrung, daß die Zufriedenheit des Einen mit der Unzufriedenheit des Andern gleichbedeutend ist, und wir halten den Grundsatz, das Gute zu nehmen, da wo man es findet, für keinen gouvernemental richtigen. Eine Regierung, wie die preussische, soll das Gute nicht finden, sondern bringen. Ob man, selbst wenn man sucht, immer etwas findet, ist fraglich; nur das, was man selbst hat und dem Staate bringt, ist sicher. Die Initiative der Regierung sollte deshalb unserer Ansicht nach nicht dadurch bedingt sein, daß sie glaubt, etwas Gutes bei irgend einer Fraktion gefunden zu haben, sondern durch die selbstständige Erwägung, ob das, was sie nach ihrer Ueberzeugung der staatlichen Zukunft bringt, das richtige ist. In dem Gedankenvorrath einer einzelnen Fraktion und in der Neigung, der letzteren gefällig zu sein, wird das Gute, oder sagen wir das Richtige, überhaupt nicht immer zu finden sein. Die Hige des Kampfes, wie er zwischen den Parteien leider besteht, macht gedankenarm für Alles, was außerhalb des Bestrebens liegt, in augenblicklichen Gesechten zu siegen.“

— Verhaftet wegen Landesverrats wurde der „Danziger Ztg.“ zufolge auf der Germanianwerft in Kiel der Techniker Ahrot. Derselbe wird beschuldigt, Zeichnungen und Pläne neuer Kriegsschiffe über Kopenhagen nach Paris befördert zu haben.

— Frankreich. Die französische Regierung zeigte dem Auswärtigen Amte in Wien an, daß sie demnächst behufs Erlernung der deutschen Sprache mehrere Offiziere nach Salzburg und Graz schicken werde. Die Offiziere sollen an den betreffenden